

einmalige Abgaben, die indirekten und direkten Steuern. Die Kriegssteuern vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer sind zum größten Teil heute noch nicht erhoben. Infolge der Geldentwertung wirken sie auch nicht mehr. Denn die Veranlagung der Vermögenswerte, soweit sie nicht verhöhen wurden, ist nach einem Maßstab erfolgt, der sich dem früheren Geldwert nähert, der Steuerbetrag aber wird in Papiergeld erlegt. Nur ein kleiner Bruchteil der Abgabepflichtigen, nämlich die Besitzer von solchen Wertpapieren, die am 31. Tage gerade einen hohen Kurs aufwiesen, sind kräftig zu den Steuern herangezogen worden. Die Besitzer realer Vermögenswerte dagegen, der große Landwirt, der Fabrikbesitzer mit großer Waren- oder Rohstofflagern, sind nach Zahlung dieser einmaligen Abgaben reichlich als zuvor, weil die Steuergelegenheit der Geldentwertung nicht zu folgen vermögen. Ein Blick in die Verhältnisse der tatsächlichen Steuerentnahmen im vergangenen Jahr läßt sofort das Glas voll erkennen, das man mit diesen Besteuern gemacht hat. Die tatsächlich eingegangenen Summen sind lächerlich gering im Vergleich mit den nach dem Voranschlag erwarteten.

Nach den fortwährenden direkten Steuern stellt lediglich die Erbschaftsteuer eine kräftige Belastung des Besitzes dar, aber auch hier hapert es mit der Durchführung. Die Einkommensteuer belastet, wie ihr Name besagt, nicht den Besitz, sondern das Einkommen. Sie wirkt nicht in denjenigen Stufen unerträglich, in denen Einkommen aus großen Millionenvermögen erzielt werden, sondern in denjenigen, in denen das Arbeitseinkommen des Arbeiters und Beamten erzielt wird. Das Einkommen großer Erwerbsgesellschaften wird sogar in ganz standesloser Weise geschont. Die Gesellschaftsteuer wird im Jahre 1920 im Durchschnitt die Hälfte des Satzes erreichen, der schon 1919 erhoben wurde!

Trotz alledem macht man sich bereits die den Ententegefeindlichen suggerierten Zugeständnisse zunutze, arbeitet an der Herabsetzung der Besteuerungen und bereitet neue Massenverbrauchssteuern vor. Gemilde Reiz bietet die von der „Volkswacht“ bereits strahlend beworbene neue gelante riesige neue Zuckersteuer. Es schreibt weiter:

Auf der anderen Seite hat der Reichsrat vor wenigen Tagen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach für das Jahr 1920 nur 75 Prozent der Einkommensteuer erhoben werden sollen. Die Steuer vom Lohn und Gehalt ist bereits abgezogen, die übrigen Einkommen sollen mit Dreiviertel der geltend vorgeschriebenen Beiträge davonkommen!

Auf die Zuckersteuer wird die erhöhte Umsatz-, die erhöhte Rohstoffsteuer folgen. Wenn aber die Reichsregierung glauben sollte, daß sie mit dem W. S. D. u. der Besitz- und dem Aufbau der Massenverbrauchssteuern so glatt durchkäme, wird sie eine bittere Enttäuschung erleben. Auf schwerste politische und wirtschaftliche Erschütterungen darf sie sich gefaßt machen.

Neben einer Beschränkung der Ausgaben im Rahmen der Bemunft ist eine Erhöhung der Einnahmen unbedingt gefordert. Nicht zur Erfüllung der Rohstoffverordnungen der Entente, sondern zur Ordnung der eigenen Finanzen. Aber diese Einnahmeerhöhung kann nicht erfolgen durch weitere einseitige Verschlechterung der Lebenshaltung der ohnehin hungernden und darbenenden breiten Massen des Volkes.

Schutz der geistigen Arbeit. Eine Kulturrabgabe?

In der letzten Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses des Reichs-Parlamentes hat sich die Kommission für die Förderung der geistigen Arbeit zum Plan einer durch Reichsgesetz einzuführenden Kulturrabgabe zur Behandlung. Der Berichterstatter Dr. S. J. führte aus, daß mit diesem Plan eine dauernde Sicherstellung der künstlerischen Arbeit, nicht etwa aus einer vorübergehenden Notstandsaktion bezweckt ist. Das bestehende Urheberrecht, das für eine wirtschaftliche Blütezeit der Kunst vorläge, sei der gegenwärtigen Notlage nicht gewachsen. Früher hatte nach diesem Recht der Unternehmer den Löwenanteil aus den Einnahmen der von ihm verlegten Werke und war daher bereit, das Risiko auch für Werke unbekannter Autoren zu übernehmen. Heute habe man vor einem Verlegen des privatwirtschaftlichen Verlagsbetriebes, weil bei der heutigen riesigen Preissteigerung kein Unternehmer ein finanziell wertvolles oder geistig bedeutendes Werk ohne finanziellen Verlust des Autors herausbringen könne. Nur marktlähige Massenware könne er ohne Risiko übernehmen. Die junge Künstlerkraft verführe aber im allgemeinen nicht über die Mittel, um einen Zuschuß leisten zu können und stehe infolgedessen vor der Unmöglichkeit, überhaupt vor die Öffentlichkeit zu treten, von der sonstigen starken Geschädigung ihrer Existenzgrundlagen, die schon jedes erträgliche Maß überschritten habe, ganz zu schweigen. Was das aber für die Erhaltung des allgemeinen Kulturbesitzes bedeute, liege ohne weiteres auf der Hand. 30 Jahre nach dem Tode des Autors wird der Nachlass aufgehoben. Das Werk werde ohne weiteren Anspruch der Erben frei und falle an die Allgemeinheit. In Wirklichkeit aber heimlich die Gewinne der Unternehmer ein, der es aufkauft oder verleiht.

Hier hätte nun eine Reform des Urheberrechts zum Wohle der geistigen Arbeit und damit zur Hebung von Kunst und Kultur einzuleiten. Eine Kulturrabgabe von 10 Prozent müßte erhoben werden, die in eine allgemeine Kulturrabgabe fließe. Der Ertrag, der bei der großen Verbreitung klassischer Werke gerade in Deutschland ziemlich hoch anzulegen ist, soll von einem unter öffentlicher Kontrolle stehenden, aus Autoren aller Kunstgebiete zusammengesetzten Selbstverwaltungskörper für folgende Zwecke verteilt werden:

1. Unterstützung verdienter, bedürftiger Autoren,
2. Veröffentlichung wertvoller neuer Werke,
3. Verbreitung solcher Werke in den weitesten Bevölkerungskreisen zu billigen Preisen.

Auf die nach gesetzlich geschützten Werke ist ebenfalls eine Kulturrabgabe zu erheben, die ungeteilt dem Autor oder seinen Erben, abgesehen von sonstigen Vermächtnissen mit dem Verleger zugute kommen. Um eine unnötige Entlastung der Bevölkerung durch die Kulturrabgabe zu vermeiden, muß 1. eine Umgestaltung der Luftverkehrssteuer und 2. eine Reform des Sortimentshandels erfolgen, dem heute der größte Anteil an dem Wert zufällt, während sich Autor, Verleger und Drucker in den Rest teilen müssen. Die allgemeinen Folgen, die eine Gesetzgebende Kulturrabgabe herbeiführt, seien eine Art von geistiger Revolution, die das unterlegene Deutschland als Befreiung seines geistigen Lebenswillens und als das Bekenntnis zur Erhaltung und Kräftigung seiner eigenen reichen Kultur trotz seiner wirtschaftlichen Not den Siegerstaaten vorwegnehme. Der Plan, wie Herr Dr. Rüdiger ihn geschildert hat, wird von einer engen urheberrechtlichen Kommission ausgearbeitet werden.

Die neue Hppische Regierung.

Das demokratische „B. T.“ meldet rückblickend aus Rippes-Deimold: „Die Bildung der neuen Regierung ist heute erfolgt. Das neue Kabinettsmitglied ist aus dem Reichstagsparlamenten, dem Demokraten Professor Hermann-Hofer und dem Reichstagsparlamentarier Richard Müller (Dollfuß) zusammen. Die beiden ersteren gehörten bereits dem letzten Kabinettsmitglied an. Damit ist zum ersten Mal in Deutschland eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten zustande gekommen. Die Sozialdemokraten werden bestimmt die Führung übernehmen. Das Eingehen der Sozialdemokraten auf die Sozialisten ist ein Zeichen der Abkehr von der bisherigen Politik. Gemäß dem Plan, den die beiden Sozialisten

eine Besinnlichkeit, bei der es sich zeigen müßte, ob sie von langer Dauer sein könnte.

„Rippe-Deimold, eine wunderschöne Stadt“, heißt das bekannte Lied, das die deutsche Presse aus dem Ausland. Dem „Berliner Tageblatt“ wenigstens ist die Freude so stark in die Feder gefahren, daß es die Werbung aus dem feinen Staat als großes Ereignis aufmacht: zur Lehre für Preußen national. Uns scheint die Regierungsbildung in den beiden Ländern doch immerhin recht verheißungsvoll zu liegen, als in Rippes-Deimold die Regierungsbildung von der „Rippes-Deimold“ zu erledigen sein dürften, in Preußen dagegen die Regierungsbildung wesentlichen Einfluß auf die deutsche Politik hat. (Red.)

Ressel nicht amnestiert!

Der Entscheidung der Strafkammer, wonach das Reichsnotopfer gegen den Hauptmann v. Ressel unter das Amnestiegesetz falle und darum niederzuschlagen sei, ist, wie die P. P. K. von unterrichteter Seite erfahren, das Kammergericht nicht beigetreten. Das Verfahren wird also seinen Fortgang nehmen.

Sozialistischer Burgfrieden in Sachsen?

Die Telegraphen-Nachrichten melden: Vor einigen Tagen hat in Dresden eine gemeindefreiliche Sitzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und Parteileitungen stattgefunden, in der über die politische Lage beraten wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Ministern Lipinski und Jäckel der Wunsch ausgesprochen, daß angesehener der Arbeitgemeinschaft in Regierung und Landtag auch in der Presse beider Parteien größere Zurückhaltung in den gegenseitigen Angriffen gelübt werden müsse.

Die Klassenjustiz.

Die „Freiheit“ befaßt die Mitteilung der „Volkswacht“, daß der ehemalige Leutnant Koppach in Mauthausen bei seiner Mutter wohnt, und, indem sie gleichzeitig ein Schreiben des Koppach abdruckt, aus dem sich seine weitverbreitete Tätigkeit ergibt, fragt die „Freiheit“ den Kriegsgerichtsrat Kamin beim außerordentlichen Gericht in Berlin, warum er den Koppach und die anderen Bandenführer nicht verhaftet.

Die Wirtschaftszeitung der Arbeiter.

Ist die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Betriebsratzeitung“ geworden, deren Erscheinen weit über hunderttausend Arbeiter mit Spannung erwarten. Die Zeitschrift (Nr. 9) bringt den Bericht über die Betriebsratzeitung in Berlin. Eingehend behandelt wird das Problem der Produktionskontrolle, die Stellung der Betriebsräte zu den Werkstoffkonsumanten, Wirtschaftspolitik und Betriebswirtschaft; ein Aufsatz behandelt die Klarheit und Wahrheit in der Bilanz, ein anderer die Bedeutung der Organisation für die Verbesserung der Produktion. Die Wirtschaftszeitung stellt eine Kuriosität, die besonders wirtschaftsgeographische Kenntnisse vermittelt. In der Rubrik „Gesetz und Recht“ werden wichtige Beiträge gebracht. Bestellungen (vierteljährlich 8 M.), ein anderer die Bestellungen entgegen. Jeder Arbeiter, der vorwärts strebt, findet hier zur Ergänzung seiner Tageszeitung Schulung und Anregungen, die er heute dringender denn je braucht.

Bei dieser Gelegenheit seien alle diejenigen Leser unseres Blattes, welche eine wissenschaftliche politische Zeitschrift neben der Tageszeitung lesen wollen, an unsere Wochenzeitschrift, die „Neue Zeit“ erinnert, die in den letzten Nummern wertvolle Beiträge von dem Herausgeber Prof. Heinz Cunow über die Weltwirtschaftspolitik und über die Pariser Beschlüsse von Dr. Karl Landauer eine sehr scharfe begründete Stellungnahme zu den Blamvirtschaftsplanen, von unserem Steuerpolitiker Wilhelm Reil eine kritische Darstellung des Ergebnisses der Besteuerungen, von Albert Krauß, geschichtswissenschaftliche Beiträge u. a. m. Im einzelnen regt mancher Beitrag zum Nachdenken an, im ganzen ist die „Neue Zeit“ mit ihrem billigen Preis (1,25 M. das Heft), jedem Sozialisten höchst wertvoll, der an der inneren Weiterbildung seiner selbst teilnehmen will.

Wahlvorschlüge für die Landwirtschaftskammerwahlen.

Wie die „P. P. K.“ hören, macht der preussische Landwirtschaftsminister bekannt, daß nach der Wahlordnung zu den Landwirtschaftskammerwahlen auch dann gewählt werden muß, wenn ein Wahlvorschlugauftrag zugeht. In diesem Falle gelten also die Bewerber nicht ohne weiteres als gewählt. Durch die Verlegung des Wahltermins auf den 20. März und die Verlängerung der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlügen bis zum 5. März ist für die Wahlvorbereitungen ein längerer Zeitraum geschaffen und es ist anzunehmen, daß Wahlbezirke mit nur einem Wahlvorschlugauftrag nicht zahlreich sein werden.

Aus der Provinz Schlesien. ParteiSekretäre, Kreisvertrauensleute, Ortsvorsitzende!

Wir erlauben uns Einfindung der noch ausstehenden Sammelkassen bis zum 1. März 1921. Geldsendungen bitte unter Postfach-Ronto Nr. 29 663 G, Schöllig, E. Janetta, Breslau.

Wilhelm III.

In Borgangine regiert Herr Wülfel! Auf seinem Dominium findet ein organisierter Arbeiter keine Unterkunft und wer nicht gut desorganisiert ist, muß abwandern! Um nicht hilflos zu werden, müssen die Arbeiter die gewerkschaftlich organisiert waren, aus den Organisationen austreten! Der Herr gibt freiwillig etwas mehr an Depulat, dafür müssen die Leute aber durchschnittlich 2 Stunden am Tage mehr arbeiten. Jeder Arbeiter bekommt ein Schwein zur Aufzucht für 40 Mark, jeder gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sollte aber für dasselbe Schwein 100 Mark zahlen. Die Berechnung ist also eine einfache, für die Mehrarbeit, die die Leute leisten, bezahlen die Leute das Schwein nicht bloß mit 40 Mark, sondern noch weit teurer, denn wenn dieser gnädige Herr richtige tarifliche Löhne zahlen sollte, würden seine Arbeiter sich unbedingt besser stellen — als so bei dem kleinen den andigen Herrn und der Mehrarbeit. — Es ist höchste Zeit, daß die Borgangine ein bisschen gesunder und gewaltiger Arbeiterverband verfaßt wird, um den bezahlten, noch dazu politischen deutschnationalen Arbeiteragitatoren den rechten Weg zu zeigen.

Aus Wils-Bez.

Der Weg zur Aufrüstung gegen reaktionäre Volkserbauung führte uns auch nach Klein-Schmognau, Kr. Wohlau. Das dies eine katholische Zentrumswahl sei, wurde uns gesagt. Wir hoffen jedoch, mit Aufwand dort wieder herauszukommen. Aber so unangenehm mag es Missionaren gehen, die unter die Kandidaten geraten. Während man solche Epochen am Rande des Lebens findet, sollte man doch in den Kandidaten, in denen der katholische Geist sich zeigt, sich nicht zu sehr aufregen, doch auch daran denken, daß bei dieser reaktionären Partei derartige Kandidaten nicht bloß gewählt werden, sondern während der folgenden Wahlperiode keine Dummheit und Verdrängung durch die Sozialisten. Sondern ein Zentrumsmann mit dem richtigen Gefühl eines germanischen Volkes ist ein besserer und starrer als so gut er könnte. Das ist ein anderer Grund, weshalb wir Teil von dem Kampfe gegen die reaktionäre Partei sind und 22. März

Unentwegten in Mut und Maserel. Da sich durch Unfähigkeit unserer Gegner keiner mehr an der Diskussion beteiligte, wurde die Versammlung geschlossen. Nun aber begann unter diesen Männern die hohe Bierpolitik, in der sich die dort bestehenden Zentrumsorgane in hinreichender Herrlichkeit zeigte. „Solche Heber müßte man toschlagen!“ sprach man vor Ost und Galle. Der verfluchte Osttundenlag grüßte man! Man glaubte bei dem unheimlichen Gebrüll sich in einer blutigen Löwenherde zu befinden. Als man sich die treffende Bemerkung erlaubte: „So steht eine Zentrums-Versammlung aus!“ schlug dies dem Pah den Boden aus. Die seit den Osttundenlag hätten nur am liebsten zum handgreiflichen Angriff übergehen mögen. Da aber unsere Genossen nicht auf dem Standpunkt stehen, die Politik mit Knurren und Klauen zu betreiben, so war es damit nichts. Obwohl man unabhängig über die Anlage der Großhauern heulte, meinte, so doch der Genoss in Strömen. Dem Bstet gönnt man diese Entnahmen dem Zentrum aber solche „grifflige“ Kulturträger als ihre treuesten Anhänger.

Breslauer Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde der Redaktion findet in dieser Woche statt: am Mittwoch, den 23. Februar, von 12 — 1 1/2 Uhr, am Freitag, den 25. Februar, von 12 — 1 1/2 Uhr.

* Vortragsreihe des Breslauer Kindergartenvereins. Am Montag, den 28. Februar findet der zweite Vortrag statt, an dem Dr. Alfred Mann über das Thema „Schiller und der moderne Mensch“ sprechen wird. Am Montag, den 7. März wird Taubstummenanstaltsdirektor Kartz über die Psychologie des taubstummen Kindes mit Vorführung von Schritten sprechen. Hierfür werden die Inhaber der Dauerkarten besonders aufmerksamer gemacht, da bei Ausgabe der ersten Karten Termin und Redner noch nicht festgesetzt waren. Die Vorträge finden abends von 8 bis 9 Uhr im Saale des städtischen Wohlfahrtsvereins Markter-Strasse 16 statt. Eintrittskarten zu 3,50 Mark sind dabei bis 12 Uhr und abends am Eingange zu haben.

* Statistik für Gewerbetreibende. Seitens der Brennweinstapfverwaltung in Berlin ist in der Abgabe von Brennspiritus mit sofortiger Wirksamkeit folgende Veränderung getroffen worden: Jeder Gewerbetreibende ohne Ausnahme hat das Recht, bis zu 20 Liter Brennspiritus monatlich zu beziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auch auf alle diejenigen Gewerbe, die bisher nicht beliefert werden durften und erhöht insofern noch eine weitere Erleichterung dadurch, daß Brennspiritus auch in Zukunft zu Beleuchtungswecken an Gastwirte, Kaufleute und gewerbliche Betriebe abgegeben werden darf. Soweit der Bedarf 20 Liter pro Monat übersteigt, wird auf besonderen Antrag auch ein höheres Quantum bewilligt.

* Wochenbericht der Schwerkraftigen. In das hiesige Postamt gelangt sind in der Woche vom 13. bis 19. Februar 162 Personen eingeliefert worden, darunter wegen Einbruchdiebstahls 24, einfachen Diebstahls 23, Fehlerlei 8, Betrugs 4, Unterschlagung 3, gewerkschaftlicher Unruhe 12, Schleichhandels 7, Weiteins 2, Zerschlagung 1, Arbeitslosen 4, Urkundenfälschung 1, Zuhälterei 4, Körperverletzung 1, Fürsorge 18, Sittenübertretung 6, Obdachlosigkeit 1, Kuppelei 1, Spionage 2, Landesverrats 1, Landstraßendiebstahl 4. In Schutzhaft genommen wurden 1 und als lästige Ausländer sind 5 festgenommen worden.

* Ein Sittlichkeitsverbrechen hat am 4. d. Mts. nachmittags 6 1/2 Uhr, auf dem Domplatz ein etwa 23 jähriger, unbekannter Mann an einer siebenjährigen Schülerin verübt, der dabei abgefaßt, aber wieder laufen gelassen wurde. Personen, die darüber genauere Auskunft erteilen können, insbesondere die bekannte Frau, die sich des Schulmädchens, das von dem geschicktesten Frankon Unhold angefaßt worden ist, besonders angenommen hat, werden gebeten, sich bei der Sittenpolizei, Herrenstraße 16, im ersten Stadt, Zimmer 5, zu melden.

Sport.

Arbeiter-Turnerbund.

Am Sonntag, den 13. Februar, hielt der 1. Bezirk des T. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Breslau im Gewerkschaftshause seinen Bezirksstag ab. Obwohl der Bezirk durch Neuteilung des Kreises erst am 1. September 1920 gebildet wurde, konnte nach dem Bericht des Leiters doch eine erfreuliche Entwicklung festgestellt werden. Über 2300 Volksgenossen haben der Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes beigetragen. Neue Vereine wurden gegründet in Kramlau, Schwoitsch, Herrnpotitz und Weiskowitz. Als neues Gebiet der Tätigkeit ist das Kinderturnen hervorzuheben. 1500 Kinder haben die Vereine schon aufgenommen, um die Entwicklung des Körpers schon im frühen Alter in gesunde Bahnen zu lenken und sie durch Bewegung in frischer Luft und Sonnenschein der vorhergehenden Bot- tuche der Tuberkulose zu entreißen. Leider entziehen den Vereinen dadurch große Kosten und der Staat hat heute 10 Millionen übrig für Pferderennen und anderen Luxus, aber die Gesundheit des kranken Volkstörpers sind keine Mittel vorhanden.

Darum ist es notwendig, daß die arbeitende Bevölkerung immer mehr dem Rufe Rouilleau folgt: „Zurück zur Natur“, hinein die Arbeiter-, Turn- und Sportvereine, um sich aus der Sportzeit nicht länger von den herrschenden Klassen mißbrauchen zu lassen und als mächtiger Faktor im Staate diesen an seine Pflichten zu erinnern.

Sportgenossen!

Wer keinen Körper durch Fußballspiel und Turnen kräftigen will, findet freundliche Aufnahme im „Sport-Verein Silesia“, Mitglied des Arbeiter-, Turn- und Sport-Bundes. Turnabend jeden Donnerstag von 7 bis 9 Uhr in der Turnhalle der Fürstenschule. Sitzungsabend jeden Dienstag von 8 Uhr ab im Vereinslokal: Silesia, Kramstraße 29.

Bereinstalender.

Arbeiter-Kaufmannverein Breslau. Die ständige Monatsversammlung findet ausnahmsweise Freitag, den 25. Februar, im Zimmer Nr. 7/3 des Gewerkschaftshauses statt. Der Vorstand.

Atrabilin-Schnupfenpulver hilft sofort
Schachtel 2 — Mark
Erbild. in den Apotheken, sonst Modern-Apotheken, Breslau

Bringt jeden beobachteten Niesstahl an den der Stadt gehörenden Stühlen abfallen beim nächsten Puffen und bei der Wappsteinreinigung ab.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Februar 1921.

Der Wahltag.

Die letzten Schlager der Agitation

Frachten natürlich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Das Ueberwiegende daran war, daß sich zuletzt diese beiden Parteien am heftigsten gegenseitig in den Haaren lagen. Neben ein paar letzten unwirksamen Insinuationen gegen die Sozialdemokratie warfen die Deutschnationalen nämlich noch die „Entfaltung“ der „Deutschen Berliner Zeitung“ auf „das Pflaster“, daß die Brüder von der Volkspartei mit den „Roten“ zusammen schon die Regierungsgäfte verteilt hätten. Die Volkspartei entriß sich in einem Gegenflugblatt heftig über den „Schwindel“. Als ob nicht beide, Volksparteiler und Deutschnationale uns oft genug — soeben und wieder durch Streifmann, wie durch Hergt und Helfferich — öffentlich — ein Regierungsbündnis der „Einheitsfront“ angetragen hätten. Die „gebildeten Wähler“ der Rechtsparteien lesen in ihren Zeitungen aber anscheinend nur den Unnonnentitel und nehmen die Bruderzwist-Romödie blutig ernst. Ihre Plakate und Mahnzettel hatten alle Parteien auch reichlich angeklebt. Nur eine, die Mittelstandspartei, brachte es, soweit wir sehen, fertig, die ihrigen über die Mahnungen für die oberschlesische Abstimmung zu kleben.

In den Wahllokalen

traten unsere Genossen überiegend nach der Parole der Partei schon in den Morgenstunden zur Wahl an. Zeitweise standen die Wähler „Kolonnen“, als ob es um Butter oder Milch ginge, meinte eine bürgerliche Dame. „Seht es doch!“ antwortete eine Arbeiterfrau. Die bürgerliche Dame schüttelte verächtlich den Kopf.

Nachmittags gab es ein paar ruhigere Stunden. Die Wahltische lagen vielfach geräumt vor den Türen, die Verteiler hatten sich in einigen Lokalen, zum Teil in wärmeren Räumen, traulich versammelt, den Parteiführer vergebend. So recht aus dem Herzen heraus klang den Protestanten unter ihnen die Mißbilligung der Deutschnationalen und Volkspartei zettel ebenecht nicht. „Ich muß mir hier ein Stück Brot verdienen“, klang vielfach barock. Wends wurde es dann in einigen Bezirken noch etwas lebhafter. Die Schlepper holten die Reservisten heran.

Die Verkündung der Resultate

land von der Sozialdemokratischen Partei aus im Gewerkschaftshaus statt. Schon um 7 1/2 Uhr war die erste Redeung da: Döhrenfuhr mit einem Gewinn unserer Partei, eines Rückganges der Volkspartei. Ein gutes Vorzeichen! Die Ausrechnung dauerte diesmal im ganzen recht lange, weil zu den Sondtagsziffern noch die Provinziallandtagswahlen kamen und außerhalb der Stadt die dritte Auszählung, die Kreistagswahlen.

In vorgerückter Stunde erschien auch Genosse Löbe im Gewerkschaftshaus.

Zur bürgerliche Hauptquartier

hatte die „Volkswacht“ einen Sonderberichterstatter entsandt. Dieser begab sich natürlich nicht in eines der bürgerlichen Parteibüros, die ja eine vorgegebene Aufstellung der bürgerlichen Part darstellten, sondern an den Goldober-Stammstisch. Herr Direktor Lenz präsiidierte, unterstützt von den Herren Eichberg und Dr. Dalas. Er begrüßte besonders herzlich die unter Führung von Stadtrat Leh erschienenen Vertreter der Demokratie und begrüßte schließlich sie zu ihrem Zwist mit der „Volkswacht“.

„Worin zeigt sich der rechte Bürger?“ schloß Herr Lenz seine schwungvolle Ansprache, „worin meine Herren?“ Daß er Wert auf Geld legt und dafür auch andere Meinungen zurückstellen kann! Meine Herren Demokraten, Sie sind jetzt endlich Volkbürger! Ihre Unterschrift soll Ihnen unvergessen bleiben! Glückselig sitzen sich die Demokraten an und schmunzeln. Eine Nachzahlung zu den 30 braunen Lappen, für die sie ihre Unabhängigkeit an die Bankdirektoren und Großindustriellen verkauft hatten, erfolgte aber doch nicht.

Die Herren Eppenstein und Ehrlich wandten sich inzwischen an die deutschnationale Vertreter und erlaubten sich die Anfrage, wie den Herren ihr beschiedener Geldbeitrag bekommen wäre. „Danke“, war die kurze Antwort, „wir haben gestern dafür noch zwei kräftige Flugblätter gegen die Juden drucken lassen.“ Der eine der Frager wandte sich kühn ab, der andere seufzte leise und wandte sich dann unauffällig zu Herrn Schwärin, von dem er wenigstens keine antisemitische Witze befürchten mußte.

Zum Streit in der Herren- und Anabenleiderkonfession.

Der Streit dauert unverändert fort. Eine weitere öffentliche Versammlung der Streitenden fand am Freitag morgen im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Baak gab einen ausführlichen Bericht über die augenblickliche Situation. Unter anderem brachte der Redner ein Schreiben zur Vorlesung, welches von den Fabrikanten an ihre Kundschaft verfaßt worden ist, und folgenden Wortlaut hat.

„P. B. Wie Sie bereits wissen dürften, ist in der gesamten Herrenkonfession Deutschlands ein Streit ausgebrochen, der voranschreitlich längere Dauer haben dürfte. Wie Sie wissen, haben unsere Arbeiter Forderungen überreicht, welche eine Erhöhung der jetzt bestehenden Löhne bis zu 100 Prozent bedeuten. Es dürfte Ihnen klar sein, daß dies eine erhebliche Verteuerung sämtlicher Produkte mit sich bringen dürfte, und wir brauchen Ihnen wohl nicht auseinander zu setzen, was dies gerade im jetzigen Augenblick, wo stärker denn je der Ruf nach dem Abbau der Preise erschallt, bedeuten würde, und wie sehr hierdurch nicht nur unsere, sondern auch Ihre Wirtschaftstätigkeit beschränkt würde.“

Wir nehmen daher an, daß auch Sie uns in diesem uns ausgehenden Kampfe, den wir ja indirekt auch für Sie führen müssen, insoweit unterstützen werden, als Sie uns gern unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten entgegenkommen, und die uns erteilten Niedertriften freiwillig verhängen werden.“

Dieses Schreiben wurde von Baak in der gebührenden Weise geripft. An Beispielen wies der Redner nach, daß von einer 100 prozentigen Lohnerhöhung keine Rede sein. Die Forderungen, welche von der Arbeiterbewegung aufgestellt, können von den Fabrikanten reiflos erfüllt werden. Die Konfessionäre erwidern zwar bei jeder Gelegenheit, daß sie nicht imstande sind, die Forderungen bewilligen zu können, sie sammeln über die angeblich hohen Löhne und beklagen sich darüber, daß für sie nichts übrig bleibt. Prozentual berechnet sei aber die Lohnsumme heute weit niedriger als in der Vorkriegszeit. Die Firma Schläpfer und Grünbaum hatte im Jahre 1913 einen Jahresumsatz von 3.360.000 Mark. Insgesamt wurden in diesem Jahre an Löhnen und Gehältern 797.628 Mark ausbezahlt, das sind etwas über 24 Prozent. Im Jahre 1920 betrug der Umsatz 12.400.000 Mark. Die ausbezahlten Löhne und Gehälter betragen 1.648.193 Mark oder 13 Prozent. Während der Gesamtumsatz um das

Vierfache gestiegen ist, sind Löhne und Gehälter nur um das Doppelte gestiegen. Im allgemeinen beurteilt der Redner die augenblickliche Situation als durchaus günstig. An den aufgestellten Forderungen muß reiflos festgehalten werden. Der Reichstaxist muß marschieren. Bleibt die Kollegenschaft einig, dann werden die Konfessionäre niedergebungen.

In der Presse wurde vor einigen Tagen mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium vermittelnd in den Streit eingreifen will, und am Sonnabend, den 19. Februar Verhandlungen stattfinden sollen. Der Oberstammrichter im Bekleidungs-gewerbe Herr Sandikus Stern hat aber dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß kein Verband nicht bereit sei, lebhaft auf Veranlassung des Arbeitsministeriums an dieser Verhandlung teilzunehmen. Herr Syndikus Stern verlangt, daß die am Streit beteiligten Arbeitnehmerorganisationen an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag stellen sollen, dann wird der Arbeitgeberverband hierzu Stellung nehmen, um danach zu befinden, ob er an solchen Verhandlungen teilnehmen wolle. Während alle die Arbeitnehmer bereit waren an solchen Verhandlungen teilzunehmen, lehnen die Arbeitgeber ab. Dadurch ist eine Verschärfung des Kampfes eingetreten, welche sich in den nächsten Tagen sichtbar machen wird.

Deutscher Holzarbeiterverband

Am Mittwoch fand in der Wilhelmstraße, Neudorfstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatte. Zur Anstellung des ersten Bevollmächtigten wurde auf den Vorschlag der Vertrauensmännerversammlung und des Vorstandes der Holzgewerkschaft einstimmig gewählt. Ebenso einstimmig wurde der zweite Angestellte, Kollege R. Bordeß gewählt, der zurzeit vertretungsweise im Büro arbeitet. Zum Gaudige sind die Kollegen Hubrich, Tenzer, Fröhlich, Mimich, Kellner, gewählt worden. Einige Anträge zur Statutenänderung wurden beraten und dem Gaudige übergeben. Ferner wurden die Kandidaten für den Verbandstag aufgestellt, die in einer später stattfindenden Urwahl zur Wahl stehen. Es sind dies die Kollegen Kuntke, König, Fröhlich, Mimich, Walzel, Ritsche. Zur Vertragsbewegung gab Kollege Kuntke die bis jetzt zu übersehenden Fortschritte bekannt. Da bis zum 15. Februar der Vertrag nicht zustande gekommen ist, haben neben dem Arbeitgeberverband auch andere Landesverbände den aufgekündigten Vertrag in Vereinbarung mit unserer Organisation bis zum 1. März verlängert.

Er fordert die Kollegen auf, genau an dem Vertrage festzuhalten, damit weitere Fortschritte erzielt werden. Von allen Diskussionsarbeiten wurde dies Verlangen kräftig unterstützt. Ein Antrag, die „Schlesische Arbeiterzeitung“ als Publikationsorgan neben der „Volkswacht“ anzunehmen, wurde nach den treffenden Ausführungen des Kollegen Walzel abgelehnt. Ferner wurde gegen eine Stimmen in ein Geschäftsordnungsantrag angenommen, über die Resolution zur Annahme des Offenen Briefes der Kommunisten, zur Tagesordnung überzugehen.

Damit zeigten die Holzarbeiter, daß sie geschlossen, ohne offenen Brief, wie immer üblich, den Wirtskafistampf weiter führen werden.

Transportarbeiterverband

Bei Goldmann, Mühlstraße, fand am 14. eine Mitglieder-Versammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, der infolge Unglücksfalles verstorbenen Kollegin Breit, deren Andenken in der üblichen Weise gedehrt wurde. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1920 ergab ein befriedigendes Bild. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 1920 175. Davon 150 männlich und 25 weiblich.

Ein Antrag des Kollegen Pollat, denjenigen arbeitslosen Kollegen, die von der Stadt keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, eine einmalige Unterstützung von je 50 Mark aus der Ortskasse zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Eine Sammlung für den Wahlfonds brachte 86,50 Mark. Weiter kamen nur interne Angelegenheiten zur Sprache, doch mußten die Kollegen immer wieder gesagt werden, daß sie die Versammlungen besser besuchen müssen, daran fehlt es bei uns immer noch sehr. Die meisten glauben immer noch, daß es genüge, wenn sie nur ihre Beiträge pünktlich bezahlen, und es wird an den aufgeklärten Kollegen liegen, die Lauen und Halblauen zu regem Versammlungsbesuch anzufuern.

Der Stand der Erwerbslosenfürsorge im Januar 1921.

Im Monat Januar 1921 ist gegen den Vormonat bei den Männern wieder ein größerer Zugang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsempfängern zu verzeichnen, während bei den Frauen ein kleiner Rückgang wahrzunehmen war.

Es meldeten sich im Ganzen: 4926 Männer, 906 Frauen, zusammen 5832 Personen. Unter den Antragstellern befanden sich 14 Kriegsgefangene und 9 Ausländer. Durch Ablehnungen, Entlassungen und Annahme von Arbeit schieben aus der Erwerbslosenfürsorge aus: 2523 Männer, darunter 133 Jugendliche, 1220 Frauen, darunter 68 Jugendliche, zusammen 3743 Personen. Es blieb am 31. Januar 1921 ein Bestand an Unterstützten 6322 Männer, 2758 Frauen, zusammen 9080.

An Unterstützungen wurden im Januar 1921 für 200.637 Unterstützungstage 2.283.554,20 Mark gezahlt. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 22.236.488,72 Mark. Dazu kommen an Krankenkassenbeiträgen über 722.000 Mark. Als besondere Fürsorge (Befahrungsbekleidung) waren für langfristige Erwerbslose 1.440.000 Mark bereitgestellt. Hiermit sind bisher unterstützt worden: 2613 Männer, 522 Frauen, zusammen 3135 Personen. Ueber 980.000 Mark in bar und mit dem Rest in Sachleistungen. Im Monat Januar 1921 fand an 59 Personen Güterbeihilfe über je 1/10 Kubikmeter Brennholz ausgestellt worden. Aus der Bekleidungsneubekleidung der Erwerbslosenfürsorge sind im Monat Januar an 200 Personen Bekleidungsstücke verabfolgt worden. Am 31. Januar 1921 befanden sich unter den Unterstützungsempfängern 57 Flüchtlinge sowie 184 Kriegsgefangene. Unter den Kriegsgefangenen befanden sich 62 Schwerbeschädigte. Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Urkundenfälschung und Betruges 230 Strafangelegenheiten erstattet, es wurden 68 Männer und 19 Frauen, zusammen 87 Personen verurteilt. Die erkannte Höchststrafe betrug 6 Monate Gefängnis.

Zu den Millionenforderungen in der Provinzialfiskalkasse.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien teilt uns folgendes mit: Es werden von Landespolizeiamt nicht der Provinzialfiskalkasse Millionenforderungen zur Last gelegt, sondern einigen Viehhändlern und Großfleischern. Es besteht dagegen der Verdacht, daß einzelne Angehörige der Provinzialfiskalkasse Gelder von diesen Händlern angenommen haben. Das gerichtliche Verfahren schwebt. Gegen den bisherigen Leiter der Provinzialfiskalkasse, Oberregierungsrat Tietzel, liegt ein Verdacht vor, daß dieser die Millionenforderungen nicht vor Oberregierungsrat Tietzel hat, sondern längerer Zeit, als er von dem Verband freigesetzt wurde, Forderungen in der Provinzialfiskalkasse Kenntnis bekam, selbst die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt, um die Haftloshaltung der gegen ihn verurteilten Geschäfte zu bewirken. Bekanntlich hat nicht der Oberpräsident, sondern der Minister über die Einleitung des Disziplinarverfahrens zu entscheiden, wie über:

haupt etwaige dienstliche Verfehlungen eines Beamten in einem gesetzlich geregelten Disziplinarverfahren verfolgt werden. Im übrigen ist Oberregierungsrat Tietzel seit 2 Jahren infolge eines erlittenen Schlaganfalles leidend und auch jetzt aus diesem Grunde auf ärztliche Anordnung beurlaubt.

Da die gerichtliche Untersuchung schwebt, möchten wir uns vor ihrem Abschluß einer Äußerung enthalten. Es sind verschiedene Verhaftungen bei uns eingegangen, in denen Rechtsanwältin die beschuldigten Angeklagten in Schutz nehmen. Hoffentlich wird die Untersuchung die Schuldigen feststellen. Jetzt steht jedenfalls, daß Schiebungen vorgekommen sind.

Herr Gruschwitz

steht in der „Arbeiterzeitung“ vom Sonnabend die Behauptung auf, ich hätte ihm seinerzeit in der Frieberg-Versammlung ein Stadtmandat angeboten. Diese Behauptung ist völlig unrichtig. Richtig ist, daß in unserer Partei die Frage erwohrt wurde, den damaligen Genossen Gruschwitz mit auf die Kandidatenliste zu setzen, wie er und verschiedene Arbeitslose es wünschten. Ich habe deshalb Gruschwitz über seine Parteizugehörigkeit befragt, fand diese aber so kurz, daß ich von vornherein bezweifelte, daß die Partei ihn mit einem Mandat betrauen könnte. Gruschwitz nahm das anfangsweil hin, und als er von der Partei wirklich nicht aufgestellt wurde, trat er zur U. S. P. über, die ihn zum Stadtmandat betrauten erlor.

Vollkommen unrichtig ist weiter die Behauptung, daß vor nicht zu langer Zeit ein „Volkswacht“-Redakteur als Zuhälter sein „Brot“ verdient. Richtig ist, daß ich ein junger Mann, der aus dem Felde kam, während der Revolution sehr dienstfertig an die Partei herantrat. Es wurde auch probeweise der Versuch gemacht, ihn in unserer Redaktion mit Registraturarbeiten zu beschäftigen, der Versuch dauerte aber nur kurze Zeit, bis seine etwas zweifelhafte Verlobung bekannt wurde, zu der er sich vorher aus Not entschlossen haben wollte. Die Beschäftigung fand damit ihr Ende. Redakteur ist der junge Mann niemals gewesen.

Ich stelle diese beiden mir persönlich sehr genau bekannten Punkte richtig. Mögen die Leser daraus ersehen, was aus Behauptungen des Herrn Gruschwitz im allgemeinen zu geben ist.

R. Dars.

Das Gericht als Schlichter eines Prügelhelden.

Der Student Hans Reimann, hier, Auguststraße 131 wohnhaft, war angeklagt wegen Verleumdung, ruhestörenden Lärmes, Körperverletzung und Widerstand. Die Verhandlung fand am 14. Februar 1921 vor dem Schöffengericht Schwerdtfeger Stadtarchiv 4 statt. Als Zeugen waren erschienen: 1 Oberwachmeister, 2 Unterwachmeister der Schutzpolizei. Die Zeugen sagten folgendes aus: Der Beschuldigte, welcher angeklagt war, kam im Oktober v. Jahres gegen 3 Uhr morgens die Viktoriastraße entlang, wobei er derartig laut lärmte und den Beamten nachrief: „Ihr Lumpen, Schweine, Bagabunden usw.“ Reimann wurde von den Beamten mehrmals zur Ruhe aufgefordert. Er kam aber der Aufforderung nicht nach, sondern verurteilte noch mehr Lärm. Nach den Personalien gefragt, verweigerte er die Angaben. R. wurde nun zwecks Feststellung der Personalien nach der Wache gebracht und nach Feststellung sofort entlassen. Als er entlassen war, schrie er sein Lärmen vor der Tür fort und gebrauchte wieder die gemeinsten Schimpfwörter gegen die Schutzpolizei. Als ihn ein Oberwachmeister zur Ruhe aufforderte, erhielt er von dem Reimann vor der Tür ein paar schallende Ohrfeigen; als zwei Unterwachmeister dem bedrängten Kollegen zur Hilfe eilten, wurden dieselben von dem Studenten mit Stockhieben empfangen, sodas der Stad in mehrere Teile zerbrach. 2 der Angeführten trugen eine kleine Wunde davon. Der Beschuldigte wurde zur Verurteilung, beziehungsweise Entlassung, das zweite mal nach der Wache gebracht. Hier leistete der Genannte den heftigsten Widerstand. Wie die Zeugen angaben, war Reimann zwar angetrunken, aber nicht sinnlos, denn er konnte ohne jede Hilfe gehen, gut und deutlich sprechen und seine Papiere schnell vorzeigend, auch sonst genaue Angaben machen. Das Gericht nahm an, daß der Beschuldigte sinnlos betrunken war, deswegen erfolgte keine Freisprechung. Wir waren im Zuschauerraum nicht schlecht erstaunt, als das hohe Gericht auf Freisprechung des Reimann erkannte. Was wäre wohl einem Arbeiter geschehen, wenn dieser sich gegen derartigen Vergehen gegen die Polizei, oder die Polizei gegen den Studenten hätte anschulden kommen lassen?

Und in welcher Weise hätte die „Schlesische Zeitung“ den Vorfall ausgenutzt! Der deutschnationale Student findet verstandnisvolle Richter. Auch die „Schle. Zeitung“ wird Verständnis für seine Unpäßlichkeit haben und nicht von Verurteilung, Vergebung usw. reden, wie etwa im entgegengesetzten Falle.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller Stadtverordneten und Stadträte dringend notwendig.

Einschickung der Einkommensteuermarken zu 25 Mark. Auf Veranlassung der Finanz- und der Postverwaltung ist der Vertrieb der Einkommensteuermarken zu 25 Mark mit sofortiger Wirkung eingestellt worden, nachdem bekannt geworden ist, daß während nachgebildete Falschstücke die unter Verwendung von Wasserzeichenpapier hergefaßt sind, in beträchtlicher Zahl in den Verkehr gebracht worden sind. Die in den Händen der Benutzer befindlichen echten Steuermarken zu 25 Mark behalten bis zum 28. Februar Gültigkeit, soweit sie bis zu diesem Tage in die Steuerarten eingelebt und entwertet sind. Nach dem 28. Februar entwertete Steuermarken zu 25 Mark werden nicht mehr an Zahlungssatz angenommen. Die nicht verwendeten echten Markten zu 25 Mark können in der Zeit vom 1. bis zum 31. März gegen Steuermarken anderer Werte — nicht in bar — an den Postämtern zum vollen Nennwert umgetauscht werden.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute, Montag, spielt Emma Curz die Rolle der Blanka von Loffin in der Operette „Die blaue Razur“.

Stadtheater. Freitag, abends 7 Uhr, Revolutionshochzeit, Dienstag 6 Uhr „Die Meisterfinger von Nürnberg“, Mittwoch 7 Uhr, „Wenn ich König war“, Donnerstag, 7 Uhr, „Aida“, Freitag, 7 Uhr, „Königsfänger“, Sonnabend 7 Uhr, „Derpheus in der Unterwelt“.

Ungetreuer Bankbeamter. Wegen Betrugs und Urkundenfälschung ist dieser Tage ein hiesiger Bankbeamter festgenommen worden. Er war an der Kasse der Bank beschäftigt und hatte durch falsche Buchungen es vermocht, die Kasse der Bank um mehrere tausend Mark zu betrügen. Das so eroberte Geld hatte er für sich verbräutet, ohne zu bedenken, daß sein Schwindel eines Tages doch ans Licht kommen mußte.

Die Folge der Automatenbesuche in der Stadt. Im Donnerstagsabend in der 8. Stunde überfuhr auf der Schußbrücke, Ecke Ursulastraße, ein Personenauto einen Mann, der sehr schwer beschädigt wurde. Das Auto, in dem der gräßliche Eigenfahrer saß, nahm den Schwerverwundeten auf und brachte ihn nach dem Allerheiligen-Hospital. Dort ist der Mann in der 10. Abendstunde an den Folgen des Unfalls verstorben. Wie bisher festgestellt worden ist, handelt es sich um einen Adolf Watter aus Leipe bei Bamern. Die eingeleitete polizeiliche Untersuchung wird feststellen, wen die Schuld an dem traurigen Borsäul trifft.

